

## Wahlprüfstein der LSVB

### 1. Umsetzung der Seniorenpolitischen Gesamtkonzepte

- **Wo sehen Sie Möglichkeiten, die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen?**

In unserem Gesetzentwurf für ein Bayerisches Seniorenmitgestaltungsgesetz haben wir FREIE WÄHLER gefordert, die Erstellung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes fortan zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen. Etwaige Mehrkosten, die den Kommunen dadurch entstehen, gilt es in Absprache in Kommunalen Spitzenverbänden wie etwa dem Bayerischen Gemeindetag und Städtetag zu erstatten.

### 2. Altersarmut

- **Wie sehen Sie strategischen Planungen Ihrer Partei zur Bekämpfung bestehender und zur Vermeidung zukünftiger Altersarmut aus?**

Bestehende Altersarmut gilt es vor allem durch eine Stärkung der gesetzlichen Rente zu bekämpfen. Ein Absenken des Rentenniveaus beispielsweise kommt für uns FREIE WÄHLER nicht in Frage, so würde sich die finanzielle Situation der älteren Bevölkerung unnötig verschlimmern. In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Herausnahme versicherungsfremder Leistungen wie etwa der „Mütterrente“ aus dem umlagefinanzierten System. Derartige Leistungen müssen mittelfristig aus Steuermitteln erbracht werden. Da Altersarmut oftmals weiblich ist, müssen große Erwerbslücken von Frauen aufgrund von Nachwuchs verhindert werden. Daher bedarf es eines weiteren Ausbaus der Kindertagesbetreuungen und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter.

### 3. Pflege

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Situation in der Altenpflege konkret zu verbessern?**

Der demographische Wandel stellt die Pflege vor eine gewaltige Herausforderung. Der Bedarf an Pflegekräften nimmt zu, so dass der Pflegeberuf attraktiv ausgestaltet werden muss, um mehr Menschen für eine Tätigkeit in der Pflege zu interessieren. Hierzu gehören eine angemessene Bezahlung, ein verbindlicher Personalschlüssel, Abbau von überbordender Bürokratie und gute Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. In Anbetracht der Dringlichkeit der Situation in der Pflege ist vor allem wichtig, dass diese Probleme nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden.

- **Halten Sie die im Koalitionsvertrag CDU-CSU-SPD insoweit vorgesehenen Maßnahmen für ausreichend?**

Der Koalitionsvertrag enthält einige gute Ansätze, die aber auch zeitnah umgesetzt werden müssen. Es darf nicht bei leeren Worten bleiben. Aus diesem Grund fordern wir FREIE

WÄHLER, dass die Forderung aus dem Koalitionsvertrag, Pflegepersonal außerhalb der Fallpauschalen zu finanzieren, zügig umgesetzt werden soll. Dies ist ein wichtiger Schritt, um zu verhindern, dass Krankenhäuser aus wirtschaftlichen Gründen beim Pflegepersonal sparen müssen.

An anderer Stelle ist der Koalitionsvertrag viel zu wenig konkret. Es ist zu begrüßen, wenn 8000 neue Fachkraftstellen in der Pflege geschaffen werden sollen. Aber es muss auch geklärt werden, woher diese Pflegekräfte kommen sollen.

#### **a) Geriatrische Rehabilitation**

- ***Worin sehen Sie die großen Herausforderungen der geriatrischen Versorgungssituation in Bayern?***

Die Behandlung gerade älterer und häufig multimorbider Patienten ist sehr personalintensiv und die tariflichen Steigerungen der Lohnkosten spiegeln sich nicht ausreichend in den Vergütungssätzen wieder. Deshalb klagen die Rehabilitationseinrichtungen bereits seit Jahren über den steigenden Kostendruck und die strukturelle Unterfinanzierung. Die geriatrische Rehabilitation ist aber in der Lage Pflegebedürftigkeit zu vermeiden bzw. hinauszuzögern und insofern von erheblicher Bedeutung. Deshalb fordern wir ihre angemessene Finanzierung.

- ***Welche Maßnahmen zur Verbesserung der geriatrischen Versorgungssituation in Bayern werden und wollen Sie mit der Kraft Ihrer Partei im Hintergrund fordern bzw. fördern?***

Zum einen muss die Staatsregierung im Bund dafür verstärkt einsetzen, dass die Kassen für eine ausreichende Finanzierung der geriatrischen Rehabilitation sorgen. Es kann nicht angehen, dass ein derart wichtiger Versorgungsbereich über Jahre unterfinanziert ist. Zum anderen ist es problematisch, dass die Pflegeversicherung derzeit nicht Träger der geriatrischen Rehabilitation ist. Die Kosten werden vor allem von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen, obwohl die geriatrische Rehabilitation dazu beiträgt, Pflegebedürftigkeit zu verhindern. Dadurch werden Fehlanreize gesetzt. Das Interesse der GKV geht nicht dahin, vermehrt Reha-Maßnahmen zu übernehmen, um Kosten der Pflegeversicherung zu sparen, obwohl dies insgesamt die Kosten der Sozialversicherungen senken würden und der Selbständigkeit der Patienten und Pflegebedürftigen entgegenkäme. Diese strukturellen Probleme müssen behoben werden.

#### **4. Wohnen und Leben im Alter / Barrierefreiheit / Rollstuhlgerechtigkeit**

- ***Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung des Programms Bayern barrierefrei bis 2023, wie angekündigt, umgesetzt wird?***

Seit der Ankündigung des damaligen Ministerpräsidenten Seehofer, Bayern bis 2023 barrierefrei zu gestalten, beobachten wir mittels schriftlichen Anfragen und Berichtsanträgen die aktuellen Entwicklungen in diesem Zusammenhang. Feststeht, dass zwar bereits einiges unternommen wurde, wenn man sich etwa Bayerns Bahnhöfe ansieht, doch müssen nun

weitere Bereiche wie Arztpraxen oder Einrichtungen der Nahversorgung folgen. Wir FREIE WÄHLER werden auch weiterhin für ein wirklich barrierefreies Bayern Sorge tragen.

#### 5. Bezahlbarer Wohnraum

- ***Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum bzw. welche Finanzierungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei hier vor?***

Wir wollen im ländlichen Raum die Innenentwicklung von Ortschaften und das Wohneigentum fördern. Hierfür fordern wir eine hohe Sonderabschreibung von 90 Prozent in 10 Jahren für die Sanierung von Wohnhäusern in verfallenden Ortskernen, einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro für Familien und allgemein höhere Abschreibungsquoten für den Wohnungsbau. Im städtischen Bereich muss vor allem günstiger, geförderter Wohnraum entstehen. Hier fordern wir deutlich höhere Zuschussanteile bei der Wohnungsbauförderung, da zinsgünstige Darlehen alleine in Niedrigzinszeiten kaum einen Anreiz für den Wohnungsbau darstellen.

- ***Wie steht Ihre Partei zur Gründung einer staatlichen Landeswohnbaugesellschaft?***

Angesichts von 32.000 staatlichen GBW-Wohnungen, die der Freistaat erst im Jahr 2013 verschreibt hat, ist das Ziel der neuen Landeswohnbaugesellschaft, bis 2025 insgesamt 10.000 neue Wohnungen bauen zu wollen, wenig ambitioniert. Wir würden hier lieber die kommunalen Wohnungsbauunternehmen stärker fördern. Dort wäre das Geld besser angelegt und würde unterm Strich sicher zu mehr gebauten Wohnungen führen.

#### 6. Mobilität / Infrastruktur im ländlichen Raum

- ***Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen Infrastruktur (Banken/Apotheken/Einkaufsmöglichkeiten, öffentlicher Nahverkehr) ist im ländlichen Raum für Seniorinnen und Senioren besonders wichtig. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um dieser Prämisse gerecht zu werden?***

Wir setzen uns für den Schutz der Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein, denn diese Banken sind in der Region verankert und gewährleisten eine Grundversorgung auch in der Fläche. Bei den Apotheken fordern wir ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Denn der Online-Handel gefährdet unser bewährtes flächendeckendes Apothekensystem. Das müssen wir verhindern. Im Bereich des ÖPNV wollen wir die Zuweisungen an die Kommunen im ländlichen Raum erhöhen und auf ein bayernweit einheitliches Tarifsystem hinwirken. Zudem setzen wir uns für regionale Lebensmittel, Direktvermarktung und Dorfläden vor Ort ein, um die Einkaufsmöglichkeiten auch in kleineren Ortschaften zu gewährleisten.

#### 7. Wohnortnahe ärztliche Versorgung – nicht nur flächendeckend sondern auch interdisziplinär vernetzt

- **Welche Maßnahme schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskonzepten in diesem Bereich vor?**

Die FREIEN WÄHLER setzt sich seit langem intensiv für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern ein und dabei ist ein entscheidender Aspekt die haus- und fachärztliche Versorgung. Aus diesem Grund haben wir verschiedene parlamentarische Initiativen gestartet, so Anträge zur Stärkung der Allgemeinmedizin in der universitären Lehre und zum Ausbau der Weiterbildungsverbände, um junge Ärzte für eine Niederlassung im ländlichen Raum zu interessieren. Wichtig ist auch, dass die Zahl der Studienplätze signifikant erhöht wird, um dem steigenden Bedarf an Ärzten entsprechen zu können.

Für junge Mediziner ist bei der Überlegung der Praxisgründung gerade auch im ländlichen Raum die wirtschaftliche Planbarkeit ein entscheidendes Kriterium. Dies bedeutet, dass junge Ärzte sich auf ihre Einnahmen unabhängig von politischen Einflüssen, sinkenden Punktwerten und drohenden Regressen in existenzbedrohender Höhe verlassen können müssen. Dafür setzen wir uns ein!

#### 8. Altersdiskriminierung

- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich Ihre Fraktion im Deutschen Bundestag gegen eine Altersbegrenzung für die Berufung in das Schöffenamts (aktuell 70 Jahre) ausspricht?**
- **Wird sich Ihre Partei im Bayerischen Landtag dafür einsetzen, dass die Altersgrenze für Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtliche Bürgermeister in Bayern (aktuell 67 Jahr) abgeschafft wird?**

Altersdiskriminierende Grenzen bei der Ausübung eines Schöffenamts oder bei hauptamtlichen Landräten und Bürgermeister lehnen wir ab. Eine Kopplung an das derzeitige Renteneintrittsalter ist ebenso fehl am Platze, so müssen auch ältere Menschen ausschließlich ihren Erfahrungen und Fähigkeiten bewertet werden und nicht nach ihrem Alter.

#### 9. Ausbau von Seniorenvertretungen

- **Haben Sie den Entwurf unseres Gesetzes schon einmal gelesen?**
- **Warum sind Sie gegen den Vorschlag, in den Kommunen Seniorenräte verpflichtend einzurichten?**

Die FREIEN WÄHLER haben sich intensiv mit dem Gesetzentwurf der LSBV für ein Seniorenmitwirkungsgesetz auseinandergesetzt und diesbezüglich sogar mit dem LSBV-Vorsitzenden Wölfl ein Fachgespräch durchgeführt. Dies hat dazu geführt, dass wir FREIE WÄHLER einen auf dem LSBV-Entwurf aufbauenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht haben. Eine verpflichtende Einrichtung von Seniorenräten ist insofern kritisch zu sehen, als dass dadurch die kommunale Selbstverwaltung tangiert wird. In unserem Gesetzentwurf sehen wir daher vor, es den Kommunen zu empfehlen, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und Möglichkeit darauf hinzuwirken, dass

vor Ort Seniorenräte bzw. Seniorenbeauftragte geschaffen werden, sofern nicht bereits vorhanden.

#### 10. Ehrenamtskultur

- ***Welche Vorstellungen in puncto einer verbesserten Anerkennungskultur des Ehrenamtes in Bayern hat Ihre Partei?***

Es reicht nicht aus, das Ehrenamt nur in wohlklingenden Sonntagsreden zu glorifizieren, so müssen vielmehr die bis dato bestehenden Hürden in Sachen Bürokratie abgebaut werden. Ebenso stehen wir FREIE WÄHLER etwa einer Anpassung der Übungsleiterpauschale offen gegenüber. Darüber hinaus gilt es, die Bayerische Ehrenamtskarte zu festigen und deren Förderung staatlicherseits zu erhöhen.